



aus finanzmarktsystemischer Sicht gefährlich ist. Einem nur geringen (Cash-)Einsatz steht eine verhältnismäßig große Position im zugrundeliegenden Wert gegenüber. Aus diesem Grund wird die Besteuerung des Derivatehandels auch als Instrument gesehen, um diesen Verschuldungs-Hebel und somit systemisches Risiko zu reduzieren.

**Ausblick** ■ Großbritannien hat bereits ein Veto gegen den FTT-Vorschlag angekündigt. Schweden spricht sich ebenso dagegen aus. Deutschland hat angekündigt, die FTT im Euroraum einführen zu wollen, falls keine EU-weite Einigung zustande kommt. Jedenfalls zeigt der Vorschlag der Europäischen Kommission, dass die beharrliche Forderung der ArbeitnehmerInnenvertretungen und der Zivilgesellschaft, Finanzmärkte an den Kosten der Krise zu beteiligen, Wirkung zeigt. Besonders hervorzuheben ist auch die Einsicht der EK, dass eine FTT regulatorische Reforminitiativen sinnvoll ergänzen kann, um destabilisierende Spekulation einzuschränken. Dies wurde ja bislang in Abrede gestellt.

Helene Schubert ■ Beigewum  
helene.schubert@gmx.at

ten Preis, der aber erst eine gewisse, festgelegte Zeit nach dem Abschluss erfüllt wird;

■ Optionen: einer Vertragspartei wird ein Wahlrecht eingeräumt, ob das Geschäft zu den verabredeten Bedingungen tatsächlich stattfindet;

■ Swaps: Vereinbarung zwischen zwei Vertragspartnern, bei der die Handelspartner Schuldpapiere mit unterschiedlichen Zinsen, Währungen, Laufzeiten und Fälligkeiten tauschen.

8) Vgl. Thornton Matheson, (2011), *Taxing Financial Transactions: Issues and Evidence*, International Monetary Fund Working Paper 11/54, March.

## Economic Governance

# Europäische Hungerkur

**Das EU-Parlament hat am 28.9.2011 mehrheitlich die umstrittenen Kommissionsvorschläge für eine Economic Governance („EU-Wirtschaftsregierung“) beschlossen. Trotz heftiger Kritik der Gewerkschaften und trotz steigender Proteste der Bevölkerung in vielen Mitgliedstaaten werden damit Sparpakete in den nächsten Jahren in fast allen Staaten auf der Tagesordnung stehen bzw. bleiben. Obwohl auf Druck der Gewerkschaften in Sachen Lohnpolitik das Schlimmste abgewehrt werden konnte, ist die dominante Ausrichtung der EU auf Wettbewerbsfähigkeit und Austeritätspolitik weiterhin eine gefährliche Drohung für ArbeitnehmerInnen, die immer weniger hingenommen wird.** Christa Schlager

Über ein Jahr dauerte die Auseinandersetzung über die sechs Legislativvorschläge für die Economic Governance ("Six-Pack"), die bereits Anfang 2012 in Kraft treten soll. Das Paket besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen: Aus einer Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und damit verbunden schnelleren Sanktionen gegen Mitgliedstaaten. Damit wird aber eine beschäftigungswirksame Wachstumspolitik in der EU nicht nur weiter erschwert, vielmehr werden der einseitige Sparkurs und die wirtschaftliche und soziale Krise in einigen Mitgliedstaaten weiter verschärft. Das zweite Instrument ist ein neuer Mechanismus zur Bekämpfung „makroökonomischer Ungleichgewichte“. Dieser grundsätzlich gute Ansatz wird sehr einseitig ausgelegt und soll Staaten mit Leistungsbilanzdefiziten auf strikten Kurs zur Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit bringen, notfalls auch mit Sanktionen. Das heißt, dass Lohndumping begünstigt wird und hohe Lohnabschlüsse bestraft werden.

Auch nach Abschluss der Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament bleibt die Kritik an der neuen Economic Governance bestehen. Zwar konnte ein zentraler Kritikpunkt der

Gewerkschaften ausgeräumt werden, in das Gesetzespaket wurde explizit eine „Schutzklausel“ aufgenommen, die die Autonomie der Sozialpartner, der Kollektivvertragsverhandlungen und von Lohnfindungssystemen ausdrücklich vor Eingriffen der EU-Kommission schützt. Da das begleitende Indikatorenset, das die Ungleichgewichte messen soll, von der Konzeption her asymmetrisch angelegt ist, wird der Druck auf die Löhne aber weiterhin bestehen bleiben.

Bei anderen Themen, wie der Verschärfung des Stabilitätspaktes, mahnte das mehrheitlich konservative Parlament sogar eine Verschärfung gegenüber dem Kommissionsvorschlag ein. Öfters als ursprünglich geplant, soll die sogenannte „Reverse Majority Rule“ in Anwendung kommen, eine Regel, die besagt, »

**Verschärfte Sparanstrengungen, die bereits in einigen Staaten wie Griechenland, Portugal, Irland oder Spanien praktiziert wurden, werden sich 2012 fast flächendeckend fortsetzen.**



dass Verfahren automatisch zu laufen beginnen, wenn sie nicht in kürzester Zeit von einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedstaaten gestoppt werden. Diese extrem regelgebundene Fiskalpolitik ist weder demokratie- noch wirtschaftspolitisch sinnvoll. So kann ab 2012 ein Staat auch dann abgestraft werden, wenn das Budgetdefizit unter 3% liegt. Für Österreich bedeutet das, dass es im Jahr 2012 eine Verbesserung seines Budgetsaldos von 0,5% des BIP vorweisen muss. Angesichts der extremen ökonomischen Unsicherheit und der jüngst prognostizierten Halbierung des Wirtschaftswachstums für 2012 von 1,6% auf 0,8% wird dies ohne zusätzliche ausgaben- oder einnahmenseitige Maßnahmen nicht zu bewerkstelligen sein. Dies zeigt, wie kontraproduktiv starre Haushaltsregeln sein können. Im Abschwung müssen die Sparanstrengungen verschärft werden, anstatt dass gegengesteuert werden kann. Aber gerade mit einer gelungenen antizyklischen Politik ist Österreich gut durch die Wirtschaftskrise 2008/10 gekommen.

Verschärfte Sparanstrengungen, die bereits in einigen Staaten wie Grie-

## **Die EU geht damit einen weiteren Schritt in Richtung einer Wettbewerbsunion niedriger Löhne und sozialer Standards.**

chenland, Portugal, Irland oder Spanien praktiziert wurden, werden sich 2012 fast flächendeckend fortsetzen. Auf Grund der engen Verzahnung der Wirtschaft verdoppelt sich sowohl ein positiver als auch negativer budgetärer Effekt in der Europäischen Union, wie der Internationale Währungsfonds in seinen Arbeiten festgestellt hat.

Das neue Paket zur Europäischen Wirtschaftssteuerung bekämpft lediglich Symptome, nicht aber die Ursachen der Krise. Es waren schließlich finanzielle Deregulierung und Spekulation, die zu hohen Schulden und Blasen auf den Finanzmärkten führten. Schuld an der Krise waren nicht die ArbeitnehmerInnen, die über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Die jetzt unüberlegt eingeleitete Abmagerungskur in vielen Mitgliedstaaten gleichzeitig könnte den Euroraum insgesamt teuer zu stehen kommen. Denn die Ungleichheiten werden sich durch dieses Maßnahmenpaket noch

verschärfen. Ein kleines Trostpflaster sollte hier wohl sein, dass am Tag des Parlamentsbeschlusses die Kommission die Einführung einer Finanztransaktionsteuer vorgeschlagen hat. Diese wird, wenn überhaupt, aber erst ab 2014 eingeführt werden.

Die EU geht damit einen weiteren Schritt in Richtung einer Wettbewerbsunion niedriger Löhne und sozialer Standards. Obwohl bereits das erste Land vor dem Bankrott steht und es immer mehr „Wackelkandidaten“ gibt, will niemand den wirtschaftspolitischen Kurs überdenken. Zudem sinkt die Zustimmung zur EU besonders in den Staaten, die von den Sparpaketen noch stärker in die Rezession getrieben wurden. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg bis auf 40 % (in Spanien) an, Proteste speziell von Jugendlichen gibt es in mehreren Staaten. Damit ist aber auch das gesamte europäische Projekt in Gefahr. Eine reine Wettbewerbsunion wird die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger nicht bekommen. Europa steht am Scheideweg.

**Christa Schlager** ■ AK Wien  
christa.schlager@akwien.at

### Ankündigung

## Auf Einkaufstour mit Steuergeld

### Sozialorientierte Beschaffung – Was ist das?

#### Programm:

**13 Uhr Begrüßung und Einleitung**  
**Valentin Wedl**, AK Wien und  
**Elisabeth Schinzel**, Südwind

**13.15 Uhr Österreichischer Aktionsplan für nachhaltige öffentliche Beschaffung Kommissionsleitfaden für Sozialorientierte Beschaffung**  
**Andreas Tschulik**, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

**13.30 Uhr Möglichkeit für Rückfragen; Best-Practice**

**13.40 Uhr Frauenförderung- und Genderaspekte** **Marion Häfner-Wittenberger** Stadt Wien, MA 63

**14.00 Uhr Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen** **Jürgen Steinberger** Olympische Jugend-Winterspiele Innsbruck

**14.50 Uhr** Einhaltung des österreichischen Arbeits- und Sozialrechts  
**Alfred Jöchlinger** Auftragnehmerkataster Österreich

**10. November 2011, 12 bis 16 Uhr**  
AK Bildungszentrum, Lounge  
Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

**Wir ersuchen um Anmeldung:**  
brigitte.dobias@akwien.at

**15.10 Uhr** Faire Beschaffung in der Zulieferkette **Kirsten Wiese**, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Bremen

**15.50 Uhr** Zusammenfassung  
**Elisabeth Schinzel**

**Moderation:**  
**Alice Wagner**, AK Wien